„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochausgabe 12—24 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.

Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, *Managing Director.*
(Advertising Rates upon application)

Das ernste Ostproblem

Wir in Canada, die wir etwas abseits von der Bühne der großen Weltpolitik liegen, übersehen nur zu oft und zu leicht die ernsten und mitunter sogar gefahrdrohenden Probleme, die nach einer befriedigenden Lösung geradezu schreien. Wir sind mit unseren eigenen Sorgen, mit unserer Parteipolitik, mit unseren wirtschaftlichen Fragen gewöhnlich so stark beschäftigt, daß wir darüber den Zusammenhang mit den Geschehnissen in anderen Ländern verlieren. Doch sollte gerade die gegenwärtige schwere Krise, unter der wir all mehr oder minder leiden, unseren Blick schärfen für die enge Verflechtung unserer Wirtschaftsnot mit den Problemen Europas. Wir können auf keine wesentliche und dauernde Besserung hoffen, solange Europa noch in Fieberkrämpfen liegt, die eine Folge der sogenannten Nachkriegsordnung oder, besser gesagt, eine Folge der zerstörenden und verwirrenden Maßnahmen der Friedensdiktate von Versailles, St. Germain, Trianon und Neuilly sind.

Europa war vor dem Weltkriege ein ziemlich ausgeglichener und innerlich gesund funktionierender wirtschaftlicher Organismus. Das Wohlbefinden wurde jedoch empfindlich gestört, als die Friedensmacher daran gingen, das Gift des Kriegshasses im Körper Europas zu verewigen, anstatt es auszuscheiden. Um die Habgier kleiner Völkerschaften zu befriedigen, wurden aus dem Deutschen Reich und aus dem ehemaligen Oesterreich-Ungarn weite Landstrecken herausgeschnitten und den Polen, Tschechen, Rumänen und Serben in den Rachen geworfen. Doch nicht genug damit! Die plötzlich zur Macht gelangten kleinen „Herrenvölker", die früher kaum auf eine solche Stellung im Rate der Nationen zu hoffen wagten, wurden teilweise recht übermütig, frech und anmaßend. Sie knechteten ihre deutschen, ungarischen und ukrainischen Minderheiten, wie das kürzlich in einer Debatte über die Vergewaltigung der Ukrainer in Polnisch-Ostgalizien auch im canadischen Unterhause zu Ottawa an krassen Beispielen nachgewiesen wurde. Doch am schlimmsten wurde das wirtschaftliche Gleichgewicht Europas durch die Willkürakte der „Siegermächte" gestört. —

Eines der furchtbar ernstesten Probleme nicht nur Europas, sondern der Welt ist die sogenannte Osfrage mit Danzig, dem Korridor und Oberschlesien. Unhaltbare Zustände sind da geschaffen worden, die früher oder später beseitigt werden müssen, am besten möglichst bald, damit die dadurch entstehende Gefährdung des Weltfriedens und der Weltwirtschaft aufgehoben wird. Im Zusammenhang damit gingen dem „Courier" in den letzten Tagen einige bemerkenswerte Schriften zu, denen man nur eine weite Verbreitung wünschen kann. Wir nennen: **„Grenzland in Not"**, Eindrücke von einer Pressefahrt von Alex de Vries (Estländische Druckerei- Aktiengesellschaft, Reval Esthonia); **„Fort mit dem Weichselkorridor!"**, englische, amerikanische, französische, holländische, italienische, finnische und dänische Stimmen über Unrecht und Kriegsgefahr des Korridors, zusammengestellt von H. Dombrowski, Marienwerder, Danzig; **„Die Entstehung der Freien Stadt Danzig"**, fünf Aufsätze von Albert Broedersdorff, Dr. Walther Recke, Dr. Th. Rudolph, Lt. Fürstenau und Dr. Ernst Ziehm, Verlag A. W. Kafemann G.m.b.H., Danzig; eine englische Schrift **„Through Poland During the Elections of 1930"** von Cesare Santoro, Verlag Albert Kundig S. A., Geneva, Schweiz; eine reichillustrierte **Danzig-Sondernummer der „American News"**, der einzigen amerikanischen Zeitung Mitteleuropas, Karl Heymanns Verlag, Berlin W 8, Mauerstraße 44 (Preis 50 Pfennige) und eine Abstimmungs-Gedenkausgabe der **„Ostdeutschen Morgenpost"**, Beuthen, Deutschland, mit Zuschriften bedeutender Männer wie des Reichspräsidenten von Hindenburg, des Reichskanzlers Dr. Brüning u. a., mit einer reichen Fülle von Bildmaterial und lehrreichen Aufsätzen über die Abstimmung Oberschlesiens vor 10 Jahren und über „Oberschlesiens blutende Grenze".

Es würde zu weit führen, wollte man auf Einzelheiten eingehen. Doch wir möchten wünschen, daß auch hierzulande solche Bücher und Schriften Eingang fänden, um allen unseren Mitbürgern den bitteren Ernst des europäischen Ostproblems klar zu machen. Es hängt davon für die Klärung der Weltlage und für einen neuen Aufschwung der Weltwirtschaft mehr ab, als viele Canadier wissen oder nur ahnen.

10 Jahre Arbeitsausschuß Deutscher Verbände

Früher galt ein Krieg, ein offener Kampf, als Mittel zur Auseinandersetzung zwischen den Völkern wie jedes diplomatische oder sonstige Mittel auch. Der Besiegte hatte, je nach dem Grad seiner Niederlage oder auch nach Rücksicht auf die ihm verbliebene Stärke, eine „Kriegskontribution" zu zahlen, Territorium abzutreten. Die Tatsache des Unterliegens genügte zur Feststellung der Kontributionspflicht. Nie aber bestand ein Zusammenhang mit der Auffassung über „Schadenersatz oder Reparation" wie im Versailler Friedensvertrag. Nie ist nach früheren Kämpfen dem unterliegenden Teil der Ersatz von Zivilschäden, die Pflicht zum Ersatz der Pensionsausgaben für Hinterbliebene feindlicher Kriegsteilnehmer usw. auferlegt worden. Mit der Behauptung über die „Alleinschuld Deutschlands am Kriege" glaubte der Feindbund, den Grundsatz zur „Reparation", des „Schadenersatzes" nach allgemeinen bürgerlichen Rechtsbegriffen rechtfertigen zu können. Hieraus erhellt die zwiefache Bedeutung der Kriegsschuldlüge. Sie bot willkommenen Anlaß, die deutschen Lasten ins Ungemessene zu steigern, hat aber ihre größte Bedeutung auf kulturpolitischem Gebiet. Sie ist der Versuch, eine starke, freie und stolze Nation, die der Welt auf dem Gebiete der Kunst, Wissenschaft und Technik unendlich Wertvolles geleistet hatte, mit unerhörter Schmach zu belasten.

Die Unterzeichnung des „Friedens"-Vertrages bedeutete kein Anerkenntnis der These von der Alleinschuld Deutschlands am Kriege. Ankläger können nicht zugleich Richter sein. In allen Schichten des Volkes entstand denn auch bald der Abwehrwille gegen die unhaltbare Verleumdung. Zur Zusammenfassung der sich überall regenden Bewegung wurde am 30. April 1921 der Arbeitsausschuß Deutscher Verbände in Berlin gegründet. Heute gehören zu seinem Arbeitskreis etwa 1700 politische, wirtschaftliche und kulturelle Spitzenverbände der verschiedensten Richtungen. Alle mit dem Versailler Diktat zusammenhängenden Probleme, die Frage der Schuld am Kriege, die koloniale Schuldlüge, die Reparationsfrage, die Grenz- und Minderheitenfrage usw., wurden von ihm in Flugblättern, zahlreichen Einzelschriften, aber auch größeren zusammenfassenden Werken behandelt. Der erste Präsident des Arbeitsausschusses war Freiherr von Lersner, der sich weigerte, die Liste der sogenannten „Kriegsverbrecher" in Empfang zu nehmen. Seit 1925 ist Gouverneur z. D. Dr. Heinrich Schnee, M.d.R., Präsident des Arbeitsausschusses.

Die zehnjährige mühevolle Arbeit des Ausschusses hat viel dazu beigetragen, nicht nur im eigenen Volke planmäßig die Abwehrkräfte zu sammeln, sondern auch Aufklärung in weite Kreise des Auslandes zu tragen. Wenn heute selbst in den Völkern, mit denen Deutschland im Kriege lag, die Stimmen sich mehren, die sich die Behauptung von der Alleinschuld Deutschlands am Kriege wenden, so ist das zu einem guten Teil auch eine Auswirkung seiner jetzt zehnjährigen umfangreichen Arbeit. Diese Arbeit ist aber noch nicht beendet.

A. T.

Der erste praktische Schritt zum Frieden

Wie die Erkenntnis von der Lüge über die deutsche Kriegsschuld breitet sich auch die Erkenntnis von dem Deutschland angetanen Kolonialunrecht mehr und mehr aus. In einem großangelegten Artikel fordert jetzt der Engländer William Harbutt Dawson, der sich durch seine wissenschaftlichen Studien und Veröffentlichungen über Deutschland einen Namen gemacht hat, die Rückgabe der Deutschland geraubten Kolonien.

Der Diktatfrieden, betont er unter anderem, hat keinerlei Rechtskraft. Die Kolonien sind Deutschland buchstäblich gestohlen worden; das Kolonialreich, das sich Deutschland von 1884 bis 1890 schuf, ist nach sittlichem und formalem Recht noch heute sein Eigentum. Zu der unter großen Treubrüchen nach Kriegsende durchgeführten Annexion habe nicht in letzter Linie die „üble Kriegspropaganda in einer verleumderischen Veröffentlichung" geführt, eine Anekdotensammlung von Vorwänden, die „cocuso unehrenhaft waren wie der Diebstahl selbst!" Keine Nation habe ihre Kolonien unter einem so klaren, sauberen und ehrenvollen Rechtsanspruch erworben wie die Deutschen. Einen der übelsten jener Vorwände, die angebliche deutsche Unfähigkeit zu kolonialer Leistung, widerlegt Dawson unter Anziehung zahlreicher Gegenbeweise und vor allem einer Anzahl bedeutender englischer Politiker und Kolonialfachleute, unter denen beispielsweise Cecil Rhodes gesagt hat, Deutschland habe in seinen afrikanischen Kolonien in zwanzig Jahren soviel geleistet wie England in hundert. Der Engländer begründet eingehend, daß und warum Deutschland seine Kolonien einmal als Absatzgebiet und Rohstoffquelle, dann aber auch als Abflußgebiet für seine überschüssige Bevölkerung dringend braucht, und er unterstreicht dabei ausdrücklich die Tatsache, daß die Deutschen als fast einziges großes Volk der Erde keinen Spielraum mehr für ihre Energie und ihre Unternehmungslust hätten, obwohl sie während ihrer ganzen Geschichte Kolonialpioniere und Zivilisationsträger in allen Erdteilen gewesen seien. Demgegenüber besäßen die anderen Großmächte Kolonialreiche, die die Mutterländer an Ausdehnung um ein Vielfaches überträfen. Das bescheidene Kolonialreich Deutschlands habe beispielsweise nur ein Fünfzehntel des britischen und etwa ein Fünftel des französischen ausgemacht. Soll von internationaler Verständigung und von Frieden die Rede sein, so schließt der Engländer, dann muß der erste praktische Schritt dazu in der Rückgabe der Kolonien an Deutschland bestehen.

„Nie geprüft, sondern nur entschieden."

In einer überfüllten Volksversammlung in den Innsbrucker Stadtsälen, die sich mit dem Schicksal der Südtiroler beschäftigte, berichtete der vor einiger Zeit von einer längeren Studienreise in Europa nach den Vereinigten Staaten zurückgekehrte Dr. Reut-Nicolussi über Aeußerungen Charles Seymours, des Vorsitzenden der amerikanischen Sachverständigen-Kommission für die österreichischen Grenzfragen bei den Friedensverhandlungen. Seymour habe ihm mitgeteilt, daß er und seine Mitarbeiter von der Brennergrenze abgeraten und eine weiter südlich verlaufende Linie empfohlen hätten. Für die Südtiroler, die auf Grund dieses Vorschlages etwa noch unter italienische Herrschaft geraten wären, sei Autonomie, Militärfreiheit und das Recht, wenn sich die italienische Herrschaft nicht bewährte, an den Völkerbund zu appellieren, beantragt worden. Wilson habe in voller Unkenntnis der Dinge anders entschieden.

Seymour habe gesagt: „Die südtiroler Frage ist die einzige, die in Paris nie geprüft, sondern nur entschieden worden ist." Auch England habe sich redlich bemüht, das Recht des deutschen Südtirols gegenüber den Wünschen Italiens zu vertreten. Lloyd George habe in einem vom Redner eingesehenen Protokoll einer Sitzung des Viererrats Italien dringend nahegelegt, sich zu überlegen, ob es sich mit zwei so starken Rassen, mit den Jugoslawen und den Tirolern, verfeinden wolle. Für Italien sei Südtirol nicht eine Verteidigungs-, sondern eine reine Angriffsstellung. Vom Brenner könne es die West-Ost-Verbindung abschneiden und sogar München beschießen; vom Vintschgau bedrohe es die Schweiz, vom Pustertal aus Jugoslawien. In Paris und London sei inzwischen die Einsicht in diese Dinge so gewachsen, daß der Boden für die Revision der Brennergrenze im nichtdeutschen Ausland sehr befriedigend vorbereitet erscheine.

Weltumschau

Engländer glaubt nicht an Weltfrieden. Die Reduzierung der Stärke der britischen Marine als ein Schritt zum Frieden wurde von dem bekannten britischen Flottenadmiral Sir Roger Keyes als „blinde Torheit" bezeichnet. Er machte diese Bemerkung in einer Ansprache beim Jahresbankett des Nationalverbandes der Hauptlehrer:

„Es gibt Menschen, die der Ansicht sind, daß Ligen, Pakte und Verträge den Platz der Verteidigung einnehmen können und Kriege verhindern werden," sagte er, „doch sind solche Abkommen nur eine verzögerte Sicherung im Kreislauf der internationalen Beziehungen und rechtfertigen keine Entwaffnung. Aber solchen Abmachungen ohne einer dahinterstehenden Macht zu trauen, würde das Gleiche sein, wie wenn wir unseren Gesetzen vertrauen würden, ohne eine Polizei zu haben, um sie durchzuführen. Unsere Marine ist für uns genau so notwendig, wie die Luft zum Leben. Welch blinde Torheit dies alles ist!" Admiral Keyes kommandierte die Dover Patrouille während des Weltkrieges und war später Chefkommandeur der britischen Flotte im Mittelmeer.

Briand bleibt vorläufig. Eine Krise innerhalb der Regierung des französischen Ministerpräsidenten Pierre Laval ist dadurch abgewandt worden, daß Aristide Briand sich entschlossen hat, auf dem Posten des Außenministers zu verbleiben. Die formelle Ankündigung, daß Briand sich bereit erklärt habe, seine Resignation zurückzuziehen, erfolgte nach einer dreistündigen Aussprache des Ministerrats. Die Kabinettsmitglieder suchten Briand zu überreden, sein Amt beizubehalten. Es dauerte lange, ehe er sich überzeugen ließ, daß es zum Besten der Regierung sein würde, wenn er Außenminister bleibe. Man kargte vor allem nicht mit der Anerkennung seines jüngsten Erfolges in Genf, wo es Briand gelang, den Völkerbundsrat zu bewegen, das geplante deutsch-österreichische Zollabkommen dem internationalen Gerichtshofe im Haag zu einer Begutachtung zu unterbreiten.

Das Kabinett hat in seiner heutigen Sitzung auch den Beschluß gefaßt, weitere parlamentarische Interpellationen über die auswärtige Politik der Regierung abzulehnen, bis der Präsidentenwechsel am 13. Juni vollzogen worden ist. Die Regierung Lavals wird an dem Tage automatisch zurücktreten.

Briand hat sich von seinen Kollegen im Kabinett überzeugen lassen, daß die bei der Präsidentenwahl zum Ausdruck gekommene parlamentarische Opposition dadurch überwunden worden ist, daß er in Genf so scharf gegen den deutsch-österreichischen „Anschluß" vorgegangen ist.

Frankreich und die „Abrüstung". In Pariser politischen und diplomatischen Kreisen herrscht die Ueberzeugung vor, daß die amerikanische Teilnahme an der allgemeinen Abrüstungskonferenz in Genf im nächsten Februar von größter Wichtigkeit sein wird und zwar nicht bloß die offizielle Mitarbeit der amerikanischen Bundesregierung, sondern auch die moralische Unterstützung des ganzen amerikanischen Volkes.

Aber auch die alleroptimistischen Befürworter der Weltabrüstung glauben nicht, daß die Konferenz mehr bringen wird als bestenfalls ein Abkommen der Nationen, ihre Rüstungen zu Wasser und zu Land nicht zu erhöhen. Hiermit wird Deutschland nicht zufrieden sein, das verlangt, daß entweder die früheren Alliierten ihre Rüstungen näher an das Niveau der deutschen Abrüstung herabdrücken, oder aber daß Deutschland gestattet werden soll, seine Wehrkraft in ein besseres Verhältnis zu den verbündeten Heeren von Frankreich, Polen, der Tschechoslowakei und Rumänien zu bringen.

Die Haltung des französischen Ministers des Aeußeren, Aristide Briand, gegenüber dem geplanten deutsch-österreichischen Zollverein läßt darauf schließen, daß die französische Regierung fest entschlossen ist, auch in der Frage der allgemeinen Abrüstung eine feste Haltung einzunehmen.

Andre Maginot, der Kriegsminister, hielt vor einer Gruppe belgischer Kriegsveteranen eine Ansprache, an deren Schluß er sagte, daß die Beschränkung der Kriegsrüstungen Deutschlands eine Sicherheitsmaßregel zum Schutze aller friedliebenden Völker wäre. Im Verlaufe seiner Rede, sagte er, daß Frankreich die Friedensverträge durchaus nicht für unantastbar halte und fügte hinzu: „Kein Werk von Menschenhand kann das sein! Wir begnügen uns damit, zu verlangen, daß die Friedensverträge noch nicht jetzt geändert werden sollen, damit sie erst ihre guten Erfolge (?) zeitigen können. Aber wir können nicht dulden, daß diese Friedensverträge, die nur unter Zustimmung aller Signatarmächte revidiert werden können, einer einseitigen Revision, die gleichbedeutend mit ihrer Verletzung wäre, unterzogen werden."

Finnländische Note zurückgewiesen. Der stellvertretende sowjetrussische Außenkommissar N. Krestinsky überreichte dem finnländischen Geschäftsträger in Moskau eine Note, in der die Sowjetregierung die finnländische Note vom 16. Mai, in der über angebliche Mißhandlung der finnländischen Minoritäten in Rußland Beschwerde geführt wird, „formell zurückgewiesen" hat. Die Note protestiert gleichzeitig gegen die Einmischung der Regierung Finnlands in innere Angelegenheiten Rußlands. Die russische Note sagt, daß „die finnländische Regierung in ihrer Note vom 16. Mai die gegenrevolutionären Bestrebungen einer unbedeutenden Handvoll von Kulaks im Gebiete von Leningrad gegen fortgeschrittenere Formen von Ackerbau unterstützt und eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Rußlands unternimmt."

Die russische Erklärung sagt weiter, daß die Aeußerung des Führers der Sowjetdelegation zu der Konferenz über den am 14. Oktober 1920 abgeschlossenen Vertrag bezüglich der finnländischen Minoritäten lediglich eine auf Ersuchen Finnlands erfolgte erläuternde Erklärung war und Finnland kein Recht gibt, sich in die inneren Angelegenheiten Rußlands einzumischen.

Konflikt zwischen Italien und Vatikan. Eine feindliche Stimmung wischen den Mitgliedern kathol. Organisationen und den Faschisten in ganz Italien gibt auf beiden Seiten Anlaß zur Beunruhigung. Die faschistische Zeitung „Lavoro Fascista" bringt einen langen Bericht über eine angebliche Geheimsitzung des Verbandes der „Katholischen Aktion". Zu gleicher Zeit bringt der „Osservatore Romano" das halbamtliche Organ des Vatikans, einen Artikel, in dem über „Einschüchterungen und Bedrohungen von Mitgliedern der katholischen Verbände in Mailand, Benevento, Premilcore, Portico und anderen Städten durch Faschisten" berichtet wird.

In dem Lateran-Vertrag zwischen dem Vatikan und der italienischen Regierung wird die „Katholische Aktion" als eine offizielle Körperschaft anerkannt, aber die Faschisten haben diese Organisation seit langem beschuldigt, sich politisch zu betätigen. Der Papst hat dem rein religiösen Verband erst in der vorigen Woche seine Anerkennung und Ermutigung ausgesprochen, als er dessen Delegaten zur Generalversammlung empfangen und bei dieser Gelegenheit auch deren Beschwerden über die Gewaltmaßregeln der Faschisten mit angehört hatte.

Neuerdings hat sich ein Vorfall abgespielt, der ebenfalls viel zu der zunehmenden Feindseligkeit beigetragen hat. Zwei junge Faschisten haben einen Postwagen der päpstlichen Post überfallen und dessen Lenker und Wächter schwer verletzt.

Um die Königin von Rumänien. Die rumänische Zeitung Patria, offizielles Organ der Zaranisten-Nationalpartei, berichtet, daß Premier Jorga an alle Militärverbände im Lande eine Verfügung erlassen hat, welche besagt, daß Königin Helena, Mutter des Kronprinzen Michael, von der Zugehörigkeit zur Königsfamilie ausgeschlossen ist und nicht länger irgendwelche Vorrechte, die Mitglieder der Dynastie genießen, beanspruchen kann. Kriegsminister Stephan Besciu hat, wie das Blatt weiter berichtet, gewissen Regimentern durch Sonderbefehl verboten, an der jährlichen Feier des Namenstages der Königin teilzunehmen.

Für das neue Parlament wird ein Sondergesetz vorbereitet, welches die von König Carol geschiedene und entrechtete Gattin von ihrer Ausschließung aus der rumänischen Hohenzollern-Dynastie in Kenntnis setzen wird. Die Veröffentlichung des Ausschließungsdekrets wird bald nach Beginn der Parlamentstagung erfolgen und Königin Helena wird dann das Land dauernd verlassen. Regierungskreise sind entrüstet darüber, daß die „Patria" den ganzen Plan vorzeitig enthüllt hat.

Die Wiener „Reichspost" bringt in einer Depesche aus Bukarest eine Meldung des rumänischen Blattes „Patria", daß der Erlaß eines Dekrets inbezug auf den künftigen Status der Königin Helena zu einem ernsten Zwiespalt unter den Mitgliedern des rumänischen Kabinetts geführt hat.

Nach Darlegung der „Patria" war unter der Premierschaft Mironescus mit Zustimmung des Königs die Politik befolgt worden, die Frage des amtlichen Verhaltens der Regierung gegenüber der Königin abwartend zu behandeln, jedoch nach Amtsantritt des neuen Premiers Jorga sei in dieser Angelegenheit eine neue Politik erfolgt.

Rumänische Kreise in Wien sind nicht überrascht über diese neue Entwicklung und weisen darauf hin, daß der Finanzminister und der Handelsminister im Jorga-Kabinett entschiedene Parteigänger des Königs Carol sind.

Ernste Lage der polnischen Beamtenschaft. Wie man von 8 Dollar die Woche leben soll, ist zur Zeit das Problem von 200,000 Regierungsangestellten in Polen. Eine 15prozentige Gehaltskürzung hat die meisten von ihnen in eine höchst heikle Lage gebracht. Bis dahin haben sie es bei Durchschnittseinkommen von weniger als 300 Zlotys — 37.50 Dollar — monatlich noch soeben fertig gebracht, Leib und Seele zusammenzuhalten.

In einer Protesteingabe, deren Unterschriften kreisförmig angeordnet waren, um nicht den ersten Unterzeichner feststellen zu können, erklärten die staatlichen Angestellten, daß man die Kürzungen hätte durchführen können, wenn gleichzeitig die Kleinverkaufspreise gesenkt worden wären, aber nach einem Fallen der Lebenshaltungskosten seien diese wieder auf ihre alte Höhe zurückgekehrt.

In dem Protestschreiben wurde vorausgesagt, daß die Gehaltskürzung die Lebenshaltung auf einen so niedrigen Stand bringen würde, daß die Kräfte der Angestellten erschöpft und damit ihre Leistungsfähigkeit gemindert würde.

Die eigentliche Beschwerde richtet sich indessen gegen die Tatsache, daß bei der ersten Ankündigung der Gehaltskürzungen in der Haushaltsvorlage der Regierung der Finanzminister versprach, er würde diese nicht anordnen, wenn er nicht dazu gezwungen wäre. Es vergingen aber noch nicht 14 Tage nach der Annahme der Haushaltsvorlage, als schon die Gehaltskürzungen verfügt wurden.

Die kirchliche Frage in Spanien. Der Vatikan wird, wie in Erfahrung gebracht wurde, gegen das von der spanischen Regierung erlassene Dekret über Religionsfreiheit energischen Protest erheben, weil es in Kirchenkreisen als eine glatte Verletzung des zwischen Spanien und dem Vatikan noch bestehenden Konkordats betrachtet wird. Diese Frage, wie auch das Niederbrennen von kirchlichen Gebäuden und die Behandlung von Geistlichen und Nonnen in Spanien sollen in einer anderthalbstündigen Besprechung des Papstes mit dem spanischen Kardinalprimas Segura ausführlich diskutiert worden sein. Der Primas sah sich gezwungen, Spanien zu verlassen und traf in Rom ein. Er wurde auf dem Bahnhofe von Monsignore Ottaviani vom päpstlichen Staatssekretariat und anderen Prälaten empfangen. Segura hat die spanische Frage auch mit Kardinal Pacelli, dem päpstlichen Staatssekretär beraten.

Der Bericht, den Kardinal Segura dem Papst erstattete und die Entscheidung, die der Papst getroffen hat, wurden geheim gehalten. Bekannt wurde nur, daß der Vatikan gegen das Dekret der Regierung Protest erheben wird. Bislang hat der Primas noch keine öffentliche Erklärung abgegeben. Nur bei seiner Ankunft in Rom sagte er: „Beten für Spanien!"

Auch eine amerikanische Zollunion? Aus zuverlässiger Quelle kam die Nachricht, daß die chilenische Regierung es sehr gern sehen würde, wenn der kürzliche Vorschlag des Außenministers Antonio Planet, eine inter-amerikanische Zollunion zu gründen, auf die Tagesordnung des nächstjährigen panamerikanischen Kongresses in Montevideo gesetzt würde. Es verlautet jedoch, daß Planet keine besondere Konferenz zur Besprechung des Planes nach Santiago (Chile) berufen wird. Auch die Regierung hat keine offizielle Erklärung zu dem Projekt abgegeben.

Eine Gruppe von hohen Regierungsbeamten, Volkswirtschaftlern und Sachverständigen für internationales Recht ist über den Plan befragt worden. Sie erklärten, daß Chile auf das Problem hingewiesen habe, und daß die Länder es durch Gegenseitigkeitsmaßnahmen und Kollektivabkommen zu lösen suchen müssen. Es wurde auch auf die in argentinischen Zeitungen geübte Kritik verwiesen, daß Chile seinen eigenen Zolltarif erhöht habe und gleichzeitig den Vorschlag einer Zollunion mache.

Die befragten Sachverständigen erklären, daß die Zollschranken zwischen den amerikanischen Nationen nicht sofort beseitigt werden können. Sie sind für wirtschaftliche Zusammenarbeit durch gruppenweises intensives Studium der Situation. Es wurde nicht besonders Bezug genommen auf solche isolierten Tarife wie der chilenische Zoll auf argentinisches Vieh und der argentinische Zoll auf chilenisches Vieh.

Was Deutschland bisher gezahlt hat

Von unserem Berliner A.D.-Mitarbeiter

Berlin, 16. April 1931.

Ehe Deutschland 1918 die Waffen streckte, hatten ihm die Gewinner des Weltkrieges feierlich zugesagt, daß ihm nur eine Kriegsentschädigung abverlangt werden sollte in Höhe des Schadens, den die Zivilbevölkerung in Frankreich und Belgien durch den Krieg erlitten hatte. Diese Zusage wurde nicht eingehalten. Die Höhe der Tributlast ist niemals festgestellt worden. Bis 1924 mußte Deutschland jahraus jahrein zahlen und liefern, was man von ihm forderte, und auch unter dem Dawesplan zahlte es in ein Faß ohne Boden. Erst im Youngplan wurde festgesetzt, daß die Tributpflicht bis 1988 dauern soll und wieviel Deutschland bis dahin alljährlich zahlen muß.

Den Schaden, den die Zivilbevölkerung durch die Kriegsführung erlitt, hat Deutschland schon durch die Ablieferungen und Verzichte weit mehr als gutgemacht, die ihm das Versailler Diktat unmittelbar auferlegte. Allein das beschlagnahmte deutsche Privateigentum im Ausland hatte einen Wert von rund 15 Millionen Goldmark. Dazu der Verzicht auf deutsche Rechte und Beteiligungen in einer Reihe ausländischer Staaten und die Ablieferung ausländischer Wertpapiere (Wert etwa 9 Milliarden Goldmark). Die an den Fronten zurückgelassenen nichtmilitärischen Güter hatten einen Wert von 3 und das Reichs- und Staatseigentum in den abgetretenen Gebieten einen Wert von rund 5 Milliarden Goldmark. Die ausgelieferten Kriegs- und Handelsschiffe sind mit rund 6 Milliarden Goldmark zu bewerten, die Saargruben mit rund 1 Milliarde, die im Versailler Diktat geforderte militärische und industrielle Abrüstung mit mindestens 9 Milliarden Goldmark. Das abgelieferte Eisenbahnmaterial hatte einen Wert von 2 Milliarden, die Koks- und Kohlenlieferungen und die sonstigen Sachleistungen, die Besatzungskosten und die Barzahlungen beliefen sich bis Ende 1922 auf rund 10 Milliarden Goldmark. Alles in allem hat Deutschland also als unmittelbare Folge des Versailler Diktates bis Ende 1922 rund 60 Milliarden Goldmark Tribute geleistet.

Alle Ablieferungsverpflichtungen aus dem Versailler Diktat hat Deutschland erfüllt, obwohl seine Wirtschaft durch diese Verluste ganz erheblich geschwächt wurde, und auch die Barzahlungen und Sachgüter, die darüber hinaus durch die Tributgläubiger gefordert wurden, hat Deutschland geleistet, obwohl seine Wirtschaft dadurch schwere Einbuße erleidet. Trotzdem wurde im Januar 1923 das Ruhrgebiet gewaltsam besetzt. Während des Ruhreinbruchs sind Sachleistungen im Werte von 2 Milliarden Goldmark der deutschen Wirtschaft entzogen worden. Bald aber zeigte sich, daß das Ruhrabenteuer die Gläubiger mehr kostete, als es ihnen einbrachte. Man berief ausländische Sachverständige, die einen Plan ausarbeiteten für die künftige Regelung der deutschen Tributlast. Dieser Zahlungsplan, der Dawesplan, trat am 1. September 1924 in Wirksamkeit. Unter dem Dawesplan hat Deutschland in fünf Jahren bis zum 31. August 1929 insgesamt 8 Milliarden Reichsmark Tribute geleistet, allerdings nicht aus eigener Kraft, sondern mit Hilfe von Auslandsanleihen. Im letzten Dawesjahr betrug die Tributlast 2½ Milliarden Goldmark, und in gleicher Höhe war auch die Belastung der folgenden Jahre vorgesehen. Weil es sich aber als unmöglich herausstellte, jährlich 2½ Milliarden Reichsmark ins Ausland zu übertragen, ohne die deutsche Währung zu gefährden, wurde der Dawesplan im Jahre 1929 durch einen neuen Zahlungsplan ersetzt, den Youngplan. Unter dem Youngplan sind bis Ende März 1931 2,6 Milliarden Reichsmark der deutschen Wirtschaft entzogen worden.

Die bisher geleisteten Tribute betragen also insgesamt 72,6 Milliarden Goldmark. In diesen Betrag ist der Wert der von Deutschland losgerissenen Grenzgebiete und der Wert der geraubten Kolonien, den vorsichtige Schätzung auf mindestens 150 Milliarden Goldmark beziffert hat, nicht eingerechnet. Außer den vorerwähnten 72,6 Milliarden Goldmark soll Deutschland nach dem Youngplan bis 1988 in 57 weiteren Raten noch 115 Milliarden Goldmark Tribute leisten. Dann würde die Gesamtsumme der geleisteten Tribute auf über 187 Milliarden Goldmark anwachsen. In dieser Zahl offenbart sich deutlich der ganze Wahnwitz der Tributpolitik. Die Gesamtbevölkerung der Welt beträgt etwa 1,87 Milliarden. Um Deutschlands Tributlast aufzubringen, müßte also jeder Weltbewohner, Kinder, Frauen und Greise mitgerechnet, 100 Goldmark beisteuern.

Jeder Leser sei auch ein Werber für seine deutsche Zeitung.